

Februar 2008

*Entscheidend is aufm Platz!*  
*Adi Preißler, BVB*

*Die CDU wird zeigen  
müssen, wo sie steht.*  
*Ein dokumentierter  
Mail-Dialog*

*Fritz W. Peter*

**Gliederung:**

***Antwort-Mail an CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla***

*(S. 3-5)*

***Anschreiben v. 5.2.08 an Herren Pofalla und Kauder***

*(S. 6)*

***Antwort-Mail v. 7.2.08 von Herrn Pofalla***

*(S. 7/8)*

***Anschreiben v. 29.1.08 an Herren Pofalla und Kauder***

*(S. 9/10)*

***Anschreiben v. 21.1.08 an den Unionsfraktionsvorsitzenden  
Herrn Kauder***

*(S. 11)*

***Fragen an die CDU-Führung. Zuverlässige Antworten  
wird erst die Praxis geben***

*(S. 12)*

Mail, 12.2.08

Sehr geehrter Herr Pofalla,

für Ihre Antwort (oder die von Ihnen autorisierte Antwort) möchte ich Ihnen danken. Sie werden verstehen, dass ich dennoch „auf der Hut“ bleibe. Der Druck des Koalitionspartners bleibt ja und wird sich verstärken, und auch der Trend innerhalb von Teilen unserer eigenen Partei zu weiterer Sozialdemokratisierung wird nicht plötzlich aufhören. Die Gefahr, dass sich die Politik selbst die Arbeit *beschafft*, die sie angeblich durch rationales Entscheidungsverhalten „vom Tisch schaffen will“, und zwar dauerhaft beschafft durch (unnötige und anmaßende) Kompetenzausweitung wie beim drohenden gesetzlichen Mindestlohn, ist mehr als groß. Es ist nicht stets nur der Druck der Öffentlichkeit auf die Politik, sprich der politische Konkurrenzdruck, der falsche Nachgiebigkeit erzeugt und Staatsinterventionismus fördert (sogar die CDU macht sich ja mittlerweile das Wort vom „starken Staat“ zu eigen), es sind oft auch von eigenen Ambitionen und Interessen geleitete Handlungsweisen seitens der politischen Akteure, die namens des Gemeinwohls *eigene* Zwecke befördern. Dazu trägt fast zwangsläufig auch „Betriebsblindheit“ bei, wenn es an maßgeblichen anderen Erfahrungen als dem Politikgeschäft (oder Funktionärsgeschäft -- hier denke ich insbes. an die Gewerkschaftsseite, aber es gibt auch vielfältige weitere bloße Verbandshintergründe der politischen Sozialisation) fehlt. Gemeint ist keine flache Politikerschelte -- die zu vordergründig wäre und der ich mich nicht (!) anschließe --, sondern das sicher nicht geringe Gefahrenmoment einer Selbstverabsolutierung der Politik. Für eine kurze Zeit wurde der Begriff der *Subsidiarität* dem überbordenden Brüsseler Gesetzgebungsaktivismus entgegengesetzt. Etwa seit Beginn der Großen Koalition fällt der Begriff seitens der politischen Führung der CDU nur noch selten. Er wäre jedoch für die Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Richtschnur und sollte wieder ins Spiel gebracht werden. Der Begriff ist sicher unhandlich, aber sein Gehalt (sein Orientierungsgehalt) dürfte unentbehrlich für eine bürgerlich und zivilgesellschaftlich angeleitete Politik sein.

Ein anderes Wort statt des Zungenbrechers „Subsidiarität“ wird sich ja vielleicht finden lassen. Wichtig wäre jedenfalls, der „Regelungswut“ (einer Tendenz zu politischer Selbstprofilierung) mit *konzeptioneller* Orientierung entgegenzutreten (der Gesetzliche Mindestlohn, anstelle von Tarifautonomie-Eigenverantwortung-Sozialpartnerschaft, ist nur EIN Beispiel dafür).

Ihre Antwort, Herr Pofalla, wie auch meine Themenbeiträge, habe ich an zahlreiche Personen geschickt. Es sind alles sehr aktive Menschen, die in vielfältigen Funktionen stehen -- oft sind (oder waren) dies einflussreiche berufliche Funktionen. Das politische Urteil dieser Mitbürger kann als geübt und abgerundet angesehen werden. Aus einer Vielzahl von Reaktionen möchte ich hier einige ausschnitthaft (anonymisiert) wiedergeben. Vielleicht interessiert es Sie?

Ich wäre auch durchaus dankbar, wenn der Kontakt als inhaltliches Geschehen erhalten bliebe und von Ihrer Seite nicht nur als Öffentlichkeitsarbeit verstanden würde.

---

Nach Zusendung Ihrer Antwort, Herr Pofalla, an eine (relevante) Adressatin aus dem Bereich der Medien:

Lieber Herr Peter, kein 0815-Brief. Finde ich gut, dass Pofalla geantwortet hat. Glückwunsch. Herzlich Ihre . . .

---

Guten Abend, lieber Herr Peter, beim ersten Durchlesen hatte ich das Gefühl, etwas nicht ganz zu verstehen. Kennen Sie den Begriff „rum-eiern“ ?? Wie will Herr Pofalla das dem Parteivolk verständlich machen? Doch nicht so, oder?

Lieber Herr Peter, [...] das stammt von einem der Referenten Pofallas. [...] Was mich so ärgert, sind die vielen Volten der CDU, die sie in der Großen Koalition schlägt, um sich die Macht zu erhalten. Ich vermisse immer wieder das Machtwort: „Bis hierhin und nicht weiter!“ So wird das bisschen Profil, das noch vorhanden ist, ganz runtergeschliffen -- ist so wenig Kontur dann noch wählbar? [...]

---

Auch die nachfolgende, ebenso bündige wie resignierte Reaktion kommt, wie alle übrigen wiedergegebenen Antworten, aus der bürgerlichen Mitte:

Hallo Fritz! Danke. Der „flächendeckende Mindestlohn“ kommt vor der Wahl 2009. Grüße, ...

---

Antwort eines langjährigen Top-Consultant aus der Wirtschaft:

Lieber Herr Peter,

Die Crux liegt aber, so sehe ich das, nicht beim Wollen der CDU und der CSU, sondern beim Können. Nennen Sie mir einen CDU-Granden (oder -Denker, das ist ja nicht unbedingt das Gleiche), der ausreichende unmittelbare Erfahrung und Kompetenz in der Wirtschaft aufweist. Solche Leute hat man nicht und will man wohl auch nicht. Wie kann in einer solchen Partei das Thema „Wirtschaft“ aktiv gelebter und weiterentwickelter Basisbestandteil des Parteiprogramms sein und fundiert nach innen und außen vertreten werden? Es ist ja nicht nur die jahrzehntelange planwirtschaftliche und naturwissenschaftliche Prägung der Kanzlerin. Vielmehr scheint sie durch ihre Vergangenheit eine weitere Schwäche aufzuweisen: Sie scheut nach dem Kirchhof-Desaster starke Fachleute in ihrem Umfeld, und starke Wirtschaftler allemal. Schauen Sie sich doch mal daraufhin die CDU-Riege an. Starke Manager umgeben sich mit starken Mitarbeitern, stark in der Führungs- und Fachkompetenz; schwache Manager scheuen solche Mitarbeiter. [...]

Vor diesem Hintergrund muss ich Ihnen sagen, dass Sie ein einsamer Rufer in der Wüste sind, gegen Windmühlen kämpfen. Die CDU bringt nicht die Voraussetzungen mit, die Sie mit Ihren Aufrufen unterstellen!

Gruß, ...

---

Hallo Herr Peter,  
passend zu Ihren Ermahnungen an die Politik hier noch ein Kommentar aus dem Handelsblatt von heute zum Thema „Mindestlohn“.

## **Auf schiefer Bahn**

– Handelsblatt, 8.2.08 –

Ist dies nun etwa das weithin ersehnte Signal, dass wenigstens die Union in der Regierung zu ökonomischer Vernunft zurückkehren will? Kanzleramt und Wirtschaftsministerium nehmen sich demonstrativ mehr Zeit als üblich, um die Mindestlohn-Gesetzentwürfe des Arbeitsministeriums zu prüfen. Zugleich hat der Katalog ihrer Detailvorbehalte gegen die Vorschläge aus dem Hause Scholz eine imposante Länge. Zündstoff für weitere langwierige Auseinandersetzungen in der Koalition gibt es damit genug.

Allzu viel sollten sich die verbliebenen Mindestlohn-Skeptiker innerhalb und außerhalb der Union von diesen Vorgängen trotzdem nicht erhoffen. So bedenklich sich mittlerweile auch neue Risiken für die Konjunktur auftürmen – Aussicht auf einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel besteht noch lange nicht. Dass sich die regierungsinterne Abstimmung über die Gesetze nun noch einige Wochen verzögert, erleichtert es der Union vor allem, sich nicht noch vor der Hamburg-Wahl in unbequeme, kleinteilige Mindestlohn-Zankereien verstricken zu lassen. In der Sache legt sie sich jedoch gerade nicht neu fest.

Im Gegenteil. Es bleibt dabei: In Deutschland soll ein flächendeckender Teppich für Branchen-Mindestlöhne entstehen, durch immer weiter reichende Eingriffe des Staates droht der Tarifautonomie schwerer Schaden. Und daran wird sich nichts ändern, solange die Union sich nicht offen von jenen Eckpunktebeschlüssen distanziert, die sie im Boomjahr 2007 mit getroffen hat. Die geänderten Wirtschaftsaussichten böten durchaus Anlass dazu.

So aber läuft die politische Dynamik weiter: Mit jeder Detailkritik an den Scholz-Entwürfen arrangiert die Union sich ein Stück weiter damit, dass im Grundsatz die SPD ihren Willen bekommen soll.

creutzburg@handelsblatt.com

---

Lieber Fritz, ich finde es angemessen und ein gutes Zeichen, dass Herr Pofalla in ernsthafter Weise reagiert hat. Die Antwort ist zwar letztlich allgemein gehalten, ich bin aber überzeugt, dass jeder Anstoß ein Puzzelteil zum Ganzen darstellt. [...]

---

[*Ende der Zitate*]

---

Nachfolgend wiedergegeben sind meine Mail-Anschreiben an die CDU-Führung sowie die Antwort-Mail durch Herrn Pofalla.

Die Anlagen zu meinen Mail-Anschreiben an die CDU-Führung entsprechen 1:1 den hier nachfolgend mit Web-Adresse angegebenen Textbeiträgen. Die Texte sind betitelt:

„Ein todsicheres Gemisch -- gesetzlicher Mindestlohn und Genossenherrschaft in Bund und Ländern“

[www.wadinet.de/news/dokus/2010\\_Ein-todsicheres-Gemisch.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/2010_Ein-todsicheres-Gemisch.pdf)

Januar 2008 (8 S.)

„Gesetzlicher Mindestlohn -- Erfolgsformel für Links. Werden CDU/CSU die bürgerlichen Wegbereiter zur Groß-DDR?“

[www.wadinet.de/news/dokus/2010a\\_Systemwechsel-durch-Mindestlohn.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/2010a_Systemwechsel-durch-Mindestlohn.pdf)

Januar 2008 (12 S.)

„Gesetzlicher Mindestlohn -- zeigt die Union Wirtschaftskompetenz?“

[www.wadinet.de/news/dokus/2010b\\_Ist-die-CDU-wirtschaftsrational.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/2010b_Ist-die-CDU-wirtschaftsrational.pdf)

Januar 2008 (10 S.)

**Mail-Anschreiben an die CDU-Führung.** Die Mail wurde ebenfalls an gut 90% der CDU- und CSU-Abgeordneten des Deutschen Bundestags gerichtet. Den Mails beigelegt waren der Beitrag: „Wirtschaftskompetenz? Sozial ist, was Arbeit schafft! Die CDU glaubt an ihr Motto, aber besonders oft und gern handelt sie nicht danach“, Jan. 2008; Web-Adr.:

[www.wadinet.de/news/dokus/2010b\\_Ist-die-CDU-wirtschaftsrational.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/2010b_Ist-die-CDU-wirtschaftsrational.pdf)

**From:** [Fritz W. Peter](#)

**To:** [Ronald Pofalla](#) ; [Volker Kauder](#)

**Sent:** Tuesday, February 05, 2008 4:35 PM

**Subject:** Zur Frage: Ist die CDU wirtschaftsrational?

An

den Generalsekretär der CDU Deutschlands, Herrn Ronald Pofalla, und  
den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Deutschen Bundestag,  
Herrn Volker Kauder

Sehr geehrter Herr Pofalla, sehr geehrter Herr Kauder,

die Anlage enthält folgenden Textbeitrag: "**Ist die CDU wirtschaftsrational?**".

Einer der Textabschnitte ist betitelt: "**Unbeantwortete Fragen -- gerichtet an die CDU-Führung**".

Veröffentlicht sind auch meine früheren Anschreiben an Sie.

Ich werde es weiterhin so halten. Nach mehr als einem Vierteljahrhundert CDU-Mitgliedschaft, davon mehr als einem Jahrzehnt aktiver Arbeit, deren Kosten das Sitzungsgeld nie aufgewogen hat, sehe ich meine Möglichkeiten vor allem in einer kritischen inhaltlichen Kommentierung der CDU-Praxis.

"Kritische Begleitung" wird nicht überall gewünscht.

Unter der "Käseglocke" (so beschrieb es ja just einer der Kabinettskollegen des Koalitionspartners) mag man vielleicht im CDU-Führungskreis nicht wahrnehmen, was ein einfaches Mitglied beizusteuern hat, aber es wird dennoch in manchen Arbeits- und privaten Zusammenhängen Gesprächsstoff liefern.

Es wird auch Einzelpersonen der einen oder anderen Redaktion zugehen.

Der Bürger ist der Maßstab! Die Parteien stehen im Dienste verfassungsmäßig übertragener Aufgaben! Nicht weniger, aber auch nicht mehr! So jedenfalls die Theorie und der Auftrag!

Theorie und Auftrag sind gut. Die Praxis ist manchmal anders. Dann fällt den Bürgern um so mehr eine weitere Aufgabe zu, auch wenn kritische Beiträge weder geschätzt noch beantwortet werden sollten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Fritz W. Peter

From: "Ronald Pofalla"  
To: <[peter@4pe.de](mailto:peter@4pe.de)>  
Sent: Thursday, February 07, 2008  
Subject: Ihre Mail v. 05.02.2008

Sehr geehrter Herr Peter,

vielen Dank für Ihre E-Mails, in denen Sie zum einen die Politik kritisch begleiten und zum anderen mit Empfehlungen und Anregungen politische Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Ich danke Ihnen für Ihre Meinung und Ihre Ratschläge. Für mich ist es sehr wichtig, Ratschläge und Meinungen zu hören, da wir eine Politik für unsere Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch für die Wählerinnen und Wähler und selbstverständlich für die Mitglieder unserer Partei gestalten wollen. Ihre Meinung schätze ich daher sehr.

Zu dem von Ihnen angesprochenen Thema Mindestlohn möchte ich mich gerne wie folgt äußern:

CDU und CSU haben die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns im Koalitionsausschuss verhindert. Ein solcher flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn würde Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichten. Dies zeigt unter anderem eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle und des Ifo-Instituts Dresden. Demnach würden bei einem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro 621.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Experten rechnen im Übrigen mit einem Zuwachs der Schwarzarbeit von 7 Prozent oder 25 Milliarden Euro, wenn ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 eingeführt würde.

Richtig ist, dass 20 der 27 EU-Länder einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt haben. Der Mindestlohn in Europa schwankt jedoch zwischen knapp 80 € und rd. 1.500 € pro Monat. Der deutsche Arbeitsmarkt unterscheidet sich von diesen Ländern durch einen starken Kündigungsschutz und durch ein ausgeprägtes Tarifrecht, die die Rechte der Arbeitnehmer im besonderen Maße schützen, aber zusammen mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen (Beispiel: Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich).

Die CDU hat in der Koalition durchgesetzt, dass Lohndumping in Deutschland verhindert wird. Anstelle der von der SPD geforderten staatlichen Zwangseingriffe ist die im Grundgesetz verankerte Tarifautonomie gestärkt worden. Denn die Festlegung von Löhnen ist erste Aufgabe von Gewerkschaften und Arbeitgebern. Das ist nicht Aufgabe der Politik.

Der Wettbewerb in Europa ist in den vergangenen Jahren auch bei den Löhnen intensiver geworden. Insbesondere im Niedriglohnbereich hat die Gefahr von sozialen Verwerfungen in Deutschland durch ausländische Arbeitnehmer, die nach den Bedingungen der Herkunftsländer entlohnt werden, zugenommen. Um darauf angemessen reagieren zu können, ermöglichen wir eng definierten Bedingungen die Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf weitere Branchen. Künftig können in einzelnen Branchen unterste Tariflöhne durch die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowohl für deutsche wie für ausländische Beschäftigte verbindlich festgeschrieben werden.

Für die große Mehrheit der in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten auch heute noch mittel- bzw. unmittelbar Tarifverträge. Die Tarifbindung hat jedoch in der Vergangenheit abgenommen.

Um soziale Verwerfungen in den Branchen zu verhindern, in denen keine Tarifverträge gelten oder Tarifverträge nur geringe Wirkungskraft entfalten, erhalten Gewerkschaften und Arbeitgeber die Möglichkeit, branchen- und/oder regionalspezifische Lohnuntergrenzen vorzuschlagen. Diese Vorschläge kann die Bundesregierung für verbindlich erklären und auf ausländische Arbeitnehmer erstrecken.

Mit dieser modifizierten Aktivierung des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes, das unter dem Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard beschlossen worden ist, stärken wir die Gestaltungskraft von Gewerkschaften und Arbeitgebern nachdrücklich. Erstmals geben wir den Tarifpartnern auch rechtliche die Möglichkeit für ganz Deutschland ihrer Aufgabe der Festlegung von Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgreich nachkommen zu können.

Die CDU tritt im Übrigen gegen sittenwidrige Löhne ein. Bereits heute können die Gerichte zwar ein „auffälliges Missverhältnis“ zwischen Arbeitsleistung und Arbeitslohn feststellen. Das ist in der Regel dann der Fall, wenn Löhne ein Drittel unter dem geltenden Tarifvertrag bzw. dem ortsüblichen Vergleichslohn einer Branche liegen. Wir bedauern, dass die SPD nicht bereit war, diese Regelung in einem Gesetz festzuschreiben.

Mit freundlichen Grüßen  
Ronald Pofalla, MdB

---

Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Kleve  
Generalsekretär der CDU Deutschlands

**Mail-Anschreiben an die CDU-Führung.** Die Mail wurde ebenfalls an gut 90% der CDU- und CSU-Abgeordneten des Deutschen Bundestags gerichtet. Den Mails beigelegt waren die Beiträge: „Ein todsicheres Gemisch – Mindestlohn und Genossenherrschaft in Bund und Ländern“, Januar 2008; „Gesetzlicher Mindestlohn – Erfolgsformel für Links. Sind CDU/CSU die bürgerlichen Wegbereiter zur Groß-DDR?“, Januar 2008; Web-Adressen:

[www.wadinet.de/news/dokus/2010\\_Ein-todsicheres-Gemisch.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/2010_Ein-todsicheres-Gemisch.pdf)

[www.wadinet.de/news/dokus/2010a\\_Systemwechsel-durch-Mindestlohn.pdf](http://www.wadinet.de/news/dokus/2010a_Systemwechsel-durch-Mindestlohn.pdf)

**From:** [Fritz W. Peter](#)

**To:** [Ronald Pofalla](#) ; [Volker Kauder](#)

**Sent:** Tuesday, January 29, 2008 4:50 PM

**Subject:** Systemwechsel durch Mindestlohn

An den Generalsekretär der CDU Deutschlands, Herrn Ronald Pofalla,  
und den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Deutschen Bundestag,  
Herrn Volker Kauder

Sehr geehrter Herr Pofalla, sehr geehrter Herr Kauder,

die Anlage zu dieser Mail enthält folgenden Themenbeitrag zur **MINDESTLOHN**-Diskussion:

>> "Gesetzlicher Mindestlohn -- Erfolgsformel für Links. Werden CDU/CSU die bürgerlichen Wegbereiter zur Groß-DDR?"

Es folgen mehrere Stellungnahmen mit **WARNENDEN** Argumentationsketten zum Thema "Tarifautonomie ade! Systemwechsel olé!"

Beigefügt ist ergänzend die Kommentar-Sammlung: "Ein todsicheres Gemisch"

Enthalten sind in den Anlagen u.a. folgende Kurztexpte:

>> "Mindestlohn, Freibier und historisches Unwissen"

>> "Die Nationale erkämpft das Menschenrecht"

>> "Der Amoklauf des Herrn Struck"

Ein persönliches Wort darf ich an Sie, Herr Pofalla, richten. Eine Kritik am rotgrünen Entwurf eines "Antidiskriminierungsgesetzes", die ich Ihnen Anfang 2005 zugesandt hatte, beantworteten Sie damals umgehend, ausführlich, sehr zustimmend und mit spürbarem Dank. Auch Sie waren ein nachdrücklicher Befürworter des Standpunkts, dass es nur eine "Eins-zu-eins-Umsetzung" der EU-Vorgabe in nationales Recht geben dürfe. Diese Position wurde nach dem Regierungswechsel aufgegeben. Nur dank des Protests konnten am Schluss wenigstens einige der draufgesattelten Vorschriften noch rechtzeitig kassiert werden. Ergebnis: Kein gut beratener Personalleiter führt heute ein Einstellungsgespräch ohne Rechtsbeistand oder entsprechende enge

Handlungsvorgaben im Betrieb. Und kein Personalleiter oder Personalreferent wird sich Aussagen entlocken lassen, die abgelehnten Bewerbern, wenn sie nachfragen, aufschlussreiche Auskünfte geben. In den Jahren vor dem Gesetz erhielten Anrufer dagegen bei Rückfragen nicht selten die eine oder andere wertvolle Orientierung oder zumindest eine Teilauskunft. Ehrliche Antworten waren möglich und durchaus NICHT unüblich.

Wird es eine Parallele beim **MINDESTLOHN**-Thema geben? Wird auch hier Stück für Stück nachgegeben? Wird der Systemwechsel unter Mitwirkung von CDU/CSU vollzogen werden? Frau Dr. Merkel ist im Führungskreis umgeben vornehmlich von kundigen Juristen. Waren sie kundig genug, um das "Gleichstellungsthema" auch an den Erfordernissen der betrieblichen Praxis auszurichten? Wurden wirtschaftliche Erfordernisse beachtet oder wurde eher ein Beitrag zur Bürokratisierung geleistet? Der CDU-Führungskreis war aufgrund des juristischen Hintergrunds der zugehörigen Abgeordneten (und weil dort keine ideologischen Vorbehalte gegen "die Wirtschaft" bestehen wie ja weithin beim Koalitionspartner SPD) eigentlich prädestiniert, eine auch wirtschafts- und betriebskompatible Linie zu finden. (Gerade in der kniffligen Rechtspraxis liegen ja Kompetenz und Erfahrung der angesprochenen Personen im Führungskreis.)

Wurde man also der Aufgabe gemäß eigenem Kompetenzhintergrund (plus der hier unterstellten, auch für Wirtschaftsbelange aufgeschlossenen Haltung) gerecht?

Will sagen, wird man beim **MINDESTLOHN**-Thema der Aufgabe gerecht werden?

Immerhin ist es ein Freitagsthema für ein liberales Wirtschaftssystem, ein weiterer mächtiger Schritt von einer Zivilgesellschaft bürgerlicher Prägung zur Mentalität staatlicher Kollektivverwaltung. Wie kann es da sein, dass sich die CDU in dieser Situation ängstlich zurückhält und Wahlen defensiv auszusitzen versucht und "aus der Not heraus" zu ungeeigneten Themenverschiebungen greift (siehe Hessen)?

Sehr geehrter Herr Pofalla, während des ganzen Jahres 2005 quitierten Sie stets die zahlreichen Mails, die zwischen unseren Adressen hin- und herliefen. Ich wäre dankbar und hielte es für angemessen, wenn mindestens der Eingang dieser Post bestätigt würde. Die Post geht auch zahlreichen Ihrer Kollegen unter den Unions-Abgeordneten zu. Ich begründe dies mit der unzweifelhaften Bedeutung des hier angesprochenen **MINDESTLOHN**-Themas.

Mit freundlichen Grüßen,

Fritz W. Peter

Fon (0202) 73 18 23  
 Fax (0202) 73 18 27  
[peter@4pe.de](mailto:peter@4pe.de)  
[info@4pe.de](mailto:info@4pe.de)

---

**Diesem Anschreiben gingen weitere voraus, betreffend das Mindestlohn-Thema, Textanlagen eingeschlossen. Eins dieser Anschreiben (v. 21.1.08) gebe ich hier nachfolgend wieder.**

>>

**From:** [Fritz W. Peter](#)

**To:** [Volker Kauder](#)

**Sent:** Monday, January 21, 2008 5:53 PM

**Subject:** Zeit für eine bürgerliche Agenda, Nachtrag

[An den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Deutschen Bundestag,  
Herrn Volker Kauder](#)

Sehr geehrter Herr Kauder,

dankbar wäre ich, wenn der Eingang dieser Mail bestätigt würde, denn immerhin geht es mir um die Partei, der Sie und ich angehören. Noch weit mehr geht es mir allerdings um das Land, deren Bürger Sie und ich sind, denn die Politik ist nicht mein lukrativer Lebensunterhalt, sondern ein häufiges Zuschussgeschäft durch ehrenamtliches und schreibendes Engagement. Vor einer Woche hatte ich Sie mit diesem Mail-Text schon einmal angeschrieben.--

Nach meinem persönlichen Erkenntnisstand erwägen zahlreiche Mitglieder unserer Partei, mit denen ich regional oder überregional in Verbindung stehe und in deren Beurteilung wirtschaftliche (wirtschaftspolitische) Gesichtspunkte und Zusammenhänge NICHT ausgeblendet werden, immer stärker einen PARTEIAUSTRITT (oder haben diesen schon vollzogen).

Wenn auf dem Weg einer schleichenden Sozialdemokratisierung weiter schrittweise nachgegeben wird, dann wird parallel auch ein schrittweiser Verlust eines zentral wichtigen Teils der Parteimitgliedschaft eintreten.

Wenn die Bürgerlichen nicht endlich eine entschiedenerere bürgerliche Agenda erkennen lassen, wird sich in der Wählerschaft der spürbare Wunsch nach mehr politischem Profil sicher nicht zugunsten unserer Partei auswirken.

Eine "bürgerliche Agenda" schließt konservativ-liberale, vor allem aber bürgerlich-progressive Haltungen ein, denn es soll doch VORAN gehen in der Anpassung unserer Gesellschaft an die Bedingungen unserer Zeit. "Konservativ-liberale" und "bürgerlich-progressive" Haltungen mögen z.T. divergent sein, eher sind es jedoch Nuancierungen einer im notwendigen Maße fortschrittlichen bürgerlichen Politik. Und die wollen wir doch!

Oder ist unsere Partei eher eine driftende Wanderdüne, die ihr Profil nicht selbst bestimmt, sondern durch die unsteten, sich fortwährend drehenden Winde der Zeit bestimmen lässt?

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Fritz W. Peter

---

**Die Mail erhielten in Kopie ebenfalls zahlreiche CDU/CSU-MdBs**

## Wie werden die Praxis-Antworten lauten?

- Verzockt die CDU beim Mindestlohn-Thema (für ein kurzzeitig wärmendes Linsengericht am Tisch der Macht) die eigene Identität?
- Wird die ihr zugeschriebene „wirtschaftliche Kompetenz“, insbesondere bei Kernthemen wie dem gesetzlichen Mindestlohn, tatsächlich belegt durch ein wirtschaftsrationales politisches Entscheidungshandeln? Anders gefragt, orientiert sich der politische Wille und Kurs nicht nur an der Opportunität und Popularität eines Themas, sondern zugleich auch an Erfordernissen und Faktoren der Wirtschaft, also an wirtschaftspolitischer Rationalität?
- Ist die CDU eher die Partei einer demoskopisch bestimmten Mitte oder erweist sie sich auch als die Kraft und die Vertretung einer „konzeptionell bürgerschaftlichen Mitte“ der Gesellschaft? Anders gefragt, ist sie „nur“ Volkspartei oder auch im gebotenen Umfang „Konzeptpartei“?
- Ist sie folglich ein Politikfaktor mit Kernkompetenz für bürgerlich-liberale und progressive Politikinhalt oder unter dem Strich doch eher eine opportunistische Spielfigur im Geplänkel des Machterhalts? Anders gefragt, dominiert Machtanspruch oder Programmatik? Inszeniert sie Politikinhalt oder überwiegt Selbstinszenierung? Vergleiche Schröders Kurs der Selbstinszenierung, der innerparteilich nicht konsensfähig war und sich gegenüber Parteiprogrammatik und Wahlversprechen verselbständigt hatte.
- Stellt sich die CDU-Führung bewusst genug und intensiv genug solche Fragen? Unter den Wählern und den potenziellen Wählern werden sie jedenfalls gestellt!
- Potenzielle Wähler werden sich – und zwar unabhängig davon, welches Zeugnis sich die CDU-Führung selbst ausstellt – ein eigenes Bild davon machen, wie kompatibel die politische Praxis mit den Vorgaben ist. Die Vorgaben des politischen Handelns definieren sich maßgeblich aus den sozialen und wirtschaftlichen Realitäten, wobei die Handlungsfolgen der Politik Teil dieser Realitäten sind. Will man – auch nach den Schröder-Jahren – nicht realisieren, dass es vermutlich schwerer ist, sich vor einer unzufriedenen Wählerschaft zu verstecken, als eine stimmige Politik zu betreiben? Dies freilich verlangt von der Politik, dass wirtschaftliche Rationalität ebenso gewahrt bleibt wie der Anspruch auf eine soziale bzw. „sozial gerechte“ Politik!

*Fritz W. Peter, 31.1.08*